

# Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 152, 21. MÄRZ 2014

Bürgerbüro Josip Juratovic  
Untere Neckarstraße 50  
74072 Heilbronn  
07131/783616  
[josip.juratovic@bundestag.de](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)  
[www.juratovic.de](http://www.juratovic.de)  
[www.facebook.com/josipjuratovic](https://www.facebook.com/josipjuratovic)

*Sehr geehrte Damen und Herren,  
Liebe Freundinnen und Freunde,*

in der vergangenen Woche haben mich viele Antworten auf meine Äußerungen zur **Ukraine** erreicht. Herzlichen Dank! Das dortige Geschehen bestimmt weiterhin unsere Diskussionen im Auswärtigen Ausschuss. Aus meiner Sicht bleibt es wichtig, vor allem in der Ostukraine die Lage zu beruhigen und eine weitere Eskalation zu verhindern. Frank-Walter Steinmeier hat deshalb vorgeschlagen, eine Beobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in die Ukraine zu entsenden. Aus meiner Sicht muss ein weiterer Schwerpunkt auf der Entwaffnung der kampfbereiten Gruppen liegen. Ich glaube nicht daran, dass man bewaffnete Milizionäre in „geordnete Strukturen einer Nationalgarde“ integrieren kann. Damit schafft man die Kampftruppen in spe der nationalistischen Strömungen.

Im Plenum wurde in dieser Woche unter anderem die Frage der Haftpflichtversicherung für **Hebammen** besprochen. Dazu habe ich in den letzten Wochen zahlreiche Briefe von Bürgerinnen und Bürgern erhalten. Die steigende Belastung der Hebammen wird derzeit in einer Arbeitsgruppe mehrerer Ministerien unter Beteiligung der Hebammenverbände beraten. Da im Rahmen der Arbeitsgruppe insbe-

**EIN AUSZUG AUS MEINEM  
TERMINKALENDER – ICH  
FREUE MICH, SIE ZU TREFFEN:**

**Außerordentlicher SPD-  
Landesparteitag Kommunalpo-  
litik und Bekämpfung des  
Rechtsextremismus**

*Sa, 29.3., 9 – 15 Uhr, Wiesloch,  
Palatin*

**WEITERE TERMINE:**

**Außenpolitische Dienstreise  
nach Bosnien und Herzegowina**  
*So, 23.3. bis Do, 27.3.*

**Sitzungswoche des Bundestages**  
*Mo, 31.3. bis Mi, 2.4., Berlin*

**Mitglied der Delegation des Deut-  
schen Bundestages zur Interpar-  
lamentarischen Konferenz der  
Gemeinsamen Außen- und Si-  
cherheitspolitik der Europäischen  
Union**

*Do, 3.4. bis Fr, 4.4., Athen*

*P.S.: Berlin-Brief abonnieren?  
Mail an  
[josip.juratovic@bundestag.de!](mailto:josip.juratovic@bundestag.de)*

sondere auch die Vorschläge der Hebammen zu einer möglichen Umgestaltung der Kostentragung der Berufshaftpflichtprämien erörtert werden und neben der Kostenproblematik versicherungsrechtliche Fragen eine Rolle spielen, werden wir die Vorlage des Berichtes abwarten und auf dieser Grundlage mit allen Beteiligten an einer tragfähigen Perspektive für die Hebammenversorgung in Deutschland arbeiten.

Zu den wichtigsten Baustellen der ersten 100 Regierungstage zählte die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Der Referentenentwurf zur **EEG-Reform** ist inzwischen zur Einleitung der Länder- und Verbändeanhörung versandt worden und kann auf der Internetseite des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie unter nachstehendem Link heruntergeladen werden: <http://bit.ly/1f6a4Af>. Am Mittwochabend hatten wir einen fraktionsoffenen Abend zu diesem Thema. Ich habe diese Gelegenheit genutzt, mich direkt mit unserem Minister Sigmar Gabriel und den Fachpolitikern für Energiefragen über die Hauptpunkte der Reform auszutauschen. Ich bin überzeugt, dass unsere Fachleute hier auf dem richtigen Weg sind, um die Energiewende zu sichern und ihre Kosten zu begrenzen.

In meiner Funktion als Berichterstatter für Südosteuropa beschäftige ich mich schon seit geraumer Zeit mit der wirtschaftlichen und politischen Situation in **Bosnien und Herzegowina**. Die Gefahr der politischen Eskalation steigt, je länger es keine substantiellen Verbesserungen gibt. Im schlimmsten Fall droht aus meiner Sicht sogar ein neuer Bürgerkrieg. Ich habe über lange Zeit die enorme Frustration in der Bevölkerung beobachtet. Einige falsche politische Stichworte reichen hier aus, um die Volksgruppen wieder gegeneinander aufzuhetzen.

In den deutschen Medien wird wenig darüber berichtet, wie brisant 20 Jahre nach den Balkankriegen die Situation ist. Nach Protesten im Sommer 2013 und weiteren Demonstrationen und Unruhen Anfang 2014 hat sich die Lage keineswegs verbessert. Die wirtschaftliche Situation ist desolat. Die Arbeitslosenrate liegt bei über 40 Prozent, bei jungen Menschen bis 25 gar bei 60 Prozent. Die politischen Eliten reagieren auf diese Probleme nicht. Sie sind desinteressiert, die Situation zu ändern und betreiben Besitzstandswahrung. Gegen diese Tendenzen müssen wir außenpolitisch aktiv werden. Ich bin auch demnächst wieder in Bosnien und Herzegowina unterwegs und werde nicht zögern, Klartext zu sprechen. Meine Beobachtungen zeigen mir, dass dies nicht alle europäischen Politiker so halten. Gegenüber Politikern, die den europäischen Wertekanon von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht vorleben, müssen wir „klare Kante“ zeigen. Halten wir uns durch gut gemeinte Diplomatie zurück, wird sich vor Ort nichts ändern. In diesem Sinne möchte ich Sie gern auch in Zukunft über meine Aktivitäten als Außenpolitiker und Mitglied der Delegationen des Bundestags zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates, der OSZE und der interparlamentarischen Versammlung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU informieren.

Mit freundlichen Grüßen

